



Das Bundesverfassungsgericht sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

### **Diplom-Rechtspfleger/in**

in Vollzeitbeschäftigung für eine Tätigkeit als Kanzleileiter/in im Wege der Abordnung für zwei Jahre. Bei Bewährung und bei Vorliegen der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen wird eine Übernahme (Versetzung) erfolgen.

#### **Aufgabenschwerpunkte:**

- Leitung der Kanzlei und des Schreibdienstes der Richtervorzimmer
- Kollationieren, Ausfertigen bzw. Beglaubigen des gesamten Schreibwerks
- Leitung der hauseigenen Druckerei inklusive Zusammenstellung und Erteilung sämtlicher Druckaufträge sowie die Festlegung der Auflagezahlen
- Vorbereitung für mündliche Verhandlungen und Urteilsverkündungen beider Senate
- Führung und Aktualisierung bzw. Fortschreibung der Anschriften- und Telefonverzeichnisse

#### **Anforderungsprofil:**

- sehr gute Anwenderkenntnisse im Umgang mit MS-Office
- Führungskompetenz
- selbstständige und besonders sorgfältige Arbeitsweise
- hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein, Organisationstalent und Teamfähigkeit
- rasche Auffassungsgabe und Entscheidungsfreude
- gute Umgangsformen und ein gepflegtes Erscheinungsbild
- Fähigkeit und Bereitschaft ggf. auch neue fachfremde Aufgaben zu übernehmen und die nötigen Fachkenntnisse zu erwerben

Bewerbungsberechtigt sind Dipl.-Rechtspflegerinnen und Dipl.-Rechtspfleger (FH) bis zur Besoldungsgruppe A 11 BBesO, die ihre Rechtspflegerprüfung mindestens mit der Note „befriedigend“ abgelegt haben oder ausweislich einer dienstlichen Beurteilung die Anforderungen des von ihnen ausgeübten Amtes übertreffen.

Bewerbungsberechtigt sind auch Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärter, die bis spätestens Ende 2017 ihre Laufbahnprüfung ablegen werden und nachweislich in den bisherigen Ausbildungsabschnitten jeweils mindestens die Note „befriedigend“ erzielt haben.

Der Dienstposten ist grundsätzlich teilzeitgeeignet. Eine zeitlich vollschichtige Besetzung des Arbeitsplatzes muss jedoch gewährleistet sein.

Nach einer Tätigkeit im Abordnungsverhältnis ist bei Bewährung eine endgültige Übernahme (Versetzung) in den Bundesdienst beabsichtigt.

Rechtspflegeranwärterinnen oder -anwärter werden nach Bestehen ihrer Laufbahnprüfung (mindestens mit dem Gesamtergebnis „befriedigend“) beim Bundesverfassungsgericht zur Regierungsinspektorin / zum Regierungsinspektor (BesGr. A 9g BBesO) - unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe - ernannt.

Das Bundesverfassungsgericht sieht sich der Gleichstellung von schwerbehinderten und nicht schwerbehinderten Beschäftigten in besonderer Weise verpflichtet und begrüßt deshalb Bewerbungen schwerbehinderter Menschen. Es gewährleistet die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern.

Bitte beachten Sie, dass nur vollständige Bewerbungsunterlagen im Auswahlverfahren Berücksichtigung finden. Zu diesen gehören neben einem Lebenslauf Kopien der Schulabschluss-, Prüfungs- und Dienstzeugnisse, evtl. Fortbildungsnachweise, ggf. Nachweis über eine Schwerbehinderung oder Gleichstellung. Zur Wahrung Ihrer Interessen ist eine Behinderung / Gleichstellung bereits im Bewerbungsschreiben mitzuteilen.

Ihrer Bewerbung fügen Sie bitte auch eine Erklärung zur Einsichtnahme in die Personalakte bei.

Ihre E-Mail-Bewerbung (zusammengefasst in einer Datei im Format: pdf oder docx) richten Sie bitte bis zum **30. November 2017** unter Angabe der **Kennziffer 1.10/2017** an:

[drudolf@bundesverfassungsgericht.de](mailto:drudolf@bundesverfassungsgericht.de)

**Bundesverfassungsgericht**

- Referat Z 2 -

Schlossbezirk 3

76131 Karlsruhe

Verspätet eingehende Bewerbungen finden keine Berücksichtigung.

Für telefonische Auskünfte stehen Ihnen Frau Geserich (☎ 0721/9101-244) oder Frau Rudolf (☎ 0721/9101-414) gerne zur Verfügung.

Weitere Informationen über das Bundesverfassungsgericht finden Sie auf unserer Homepage unter [www.bundesverfassungsgericht.de](http://www.bundesverfassungsgericht.de)